

EU will mit der Finanzsteuer 57 Milliarden Euro einnehmen

STRASSBURG. Es ist der erste Versuch, auf breiter Basis die Geschäfte auf den Finanzmärkten zu besteuern. Nach jahrelangen Debatten ist zumindest ein Großteil der Eurostaaten entschlossen, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen

Alle Versuche, hier global im Gleichschritt zu marschieren, sind bisher gescheitert. Und auch die Aussichten, innerhalb der gesamten EU eine gemeinsame Vorgangsweise zu finden, sind derzeit nicht groß. Der Druck der Schuldenkrise wirkt aber zumindest innerhalb der Eurozone als entscheidender Katalysator. EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso stellte am Mittwoch im EU-Parlament einen konkreten Richtlinienentwurf vor, nach dem ab 2014 mit Einnahmen von jährlich rund 57 Milliarden Euro zu rechnen wäre. Der Handel mit Aktien und Anleihen soll demnach mit einem Steuersatz von 0,1 Prozent, Derivate sollen mit 0,01 Prozent besteuert werden. Das Geld soll ins EU-Budget und in die nationalen Haushalte fließen, diskutiert werden muss noch über den Aufteilungsschlüssel.

Das Besondere am Vorschlag der Kommission ist, dass selbst Finanzgeschäfte „an Handelsplätzen außerhalb der EU“ erfasst werden sollen. Demnach müssten zum Beispiel auch „Drittstaaten-Banken“ ohne Sitz in der EU die Abgabe abführen, wenn sie Geschäfte im Auftrag europäischer Kunden tätigen. Innerhalb der EU soll die Steuer dort erhoben werden, wo das Unternehmen seinen Sitz hat. Grundsätzlich sollen alle Finanztransaktionen erfasst werden. Konsumentenverträge – beispielsweise Versicherungen, Hypotheken und Kredite – sollen aber nicht unter die neue Steuer fallen.

Wie groß sind jetzt aber die politischen Chancen, dieses Projekt umzusetzen? Die Einführung auf globaler Ebene ist derzeit kein Thema. In Europa sind vor allem die Briten und Schweden dagegen. In Straßburg hörte man, dass auch die irische Regierung unter dem Druck der Briten einknicken könnte. Widerstand in der Eurozone signalisierten zuletzt auch die Slowakei und Italien. Befürworter sind die Deutschen, Franzosen, Belgier, Luxemburger (wichtiger Finanzplatz) und Österreicher.

Rein rechtlich gibt es nach dem Lissabonner Vertrag selbst dann, wenn im Euroraum nicht alle mitziehen sollten, Möglichkeiten für eine Koalition der Willigen. Der Hebel dafür wäre die „verstärkte Zusammenarbeit“, die es einzelnen EU-Staaten ermöglicht, in bestimmten Bereichen vorzupreschen, wenn sich einige beharrlich querlegen.

Quelle: OÖ. Nachrichten vom 29. September 2011